

Für arme Staaten

USA sagen 500 Millionen Impfdosen zu

WASHINGTON/BERLIN. Die USA wollen weitere 500 Millionen Dosen Covid-19-Impfstoff an arme Staaten abgeben. Sein Land werde den globalen Kampf gegen die Infektionskrankheit verstärken, sagte US-Präsident Joe Biden am Mittwoch. Insgesamt stellten die USA damit mehr als 1,1 Milliarden Impfdosen für das Ausland bereit, sagte Biden. Zudem sagte er weitere finanzielle Hilfe für die Verteilung und Verabreichung des Wirkstoffs zu. Davon sollten auch vorwiegend arme Staaten profitieren.

Biden sprach zum Auftakt eines virtuellen Gipfels am Rande der Generaldebatte der UN-Vollversammlung in New York, zu dem er eingeladen hatte. Die Weltgesundheitsorganisation und andere UN-Einrichtungen fordern die reichen Staaten seit Monaten auf, ihre Überschüsse an Covid-19-Impfstoffen an arme Staaten abzugeben.

Deutschland hat der Bundesregierung zufolge mehr als 5,3 Millionen Impfdosen abgegeben. Dies erfolge über die Allianz Covax und bilateral, sagte eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes. „Wir bemühen uns weiter um eine gerechte Verteilung der Impfstoffe weltweit.“ Empfänger seien Usbekistan, Tadschikistan, Mauretanien, Sudan und Namibia gewesen. 1,7 Millionen Dosen wurden bilateral, 3,5 Millionen über Covax abgegeben. (epd/dpa/ger)

Kompakt

Mangelernährung – UNICEF

Jedes dritte Kleinkind betroffen

KÖLN. Rund ein Drittel aller Kleinkinder unter zwei Jahren weltweit erhalten laut UNICEF nicht die richtigen Lebensmittel und Nährstoffe, die sie für ihre körperliche und geistige Entwicklung benötigen. Dies könne schwerwiegende Folgen für ihre Entwicklung haben, warnte Unicef-Exekutivdirektorin Henrietta Fore. „Gerade in den ersten beiden Lebensjahren kann eine schlechte Ernährung die physische und geistige Entwicklung der Kinder nachhaltig beeinträchtigen.“ (epd/mar)

UN-Vollversammlung

Maas lehnt Auftritt von Taliban ab

NEW YORK. Bundesaußenminister Heiko Maas hat sich gegen einen Auftritt eines Vertreters der neuen afghanischen Taliban-Regierung vor der UN-Vollversammlung ausgesprochen. „Showeinlagen sind den Vereinten Nationen halte ich nicht für hilfreich“, sagte der SPD-Politiker. Es komme jetzt darauf an, dass die Taliban die Menschenrechte einhielten. (dpa/mar)

Heiko Maas

Foto: von Jutrczenka

Bioabfälle

Neue Obergrenze für Plastikanteil

BERLIN. Ein Großteil der Bioabfälle in Deutschland, der nicht über die Biotonne in Kompostierungs- und Vergärung landet, soll künftig vor der Weiterverarbeitung nur noch einen Plastikanteil von maximal 0,5 Prozent enthalten. Diese erstmals eingeführte Obergrenze sieht die Novelle der Bioabfallverordnung vor, die das Bundeskabinett an diesem Mittwoch in Berlin beschlossen hat. (dpa/mar)

Aus dem Aghanistan-Einsatz lernen

Nach gefährlicher Evakuierungsoperation in Kabul: Merkel und Kramp-Karrenbauer danken Soldaten in Seedorf

Von Lutz Hilken

SEEDORF. Es waren Tage, wie sie die Bundeswehr im Einsatz so noch nicht erlebt hatte. Hals über Kopf musste eine Evakuierungsaktion in Afghanistan organisiert werden. Am Flughafen in Kabul herrschte Chaos, Kugeln flogen, verzweifelte Menschen kletterten sich an Maschinen, um den Taliban zu entkommen. Und mitten drin deutsche Soldaten, die elf Tage lang unter Lebensgefahr mehr als 5300 Menschen retteten. Grund genug, dass ihnen von höchster Stelle am Mittwoch gedankt wurde. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer würdigten die Truppe in Seedorf.

Angela Merkel sprach in der Fallschirmjäger-Kaserne zunächst in kleinem Kreis mit Einsatzbeteiligten und drückte den Soldatinnen und Soldaten ihren Dank aus. Beim Rückkehrer-Appell schritt sie gemeinsam mit Kramp-Karrenbauer die Front ab, ehrte mehrere Soldaten stellvertretend für alle Einsatzbeteiligten, überließ das Feld ansonsten aber der Ministerin. „Die Menschen in Deutschland nahmen großen Anteil an der Evakuierung von Deutschen, Ortskräften und Schutzbedürftigen aus Afghanistan“, erinnerte Kramp-Karrenbauer. Sie feierten mit an den „elf Tagen im August“, als deutsche Soldaten bei ihrem Einsatz 5347 Menschen in Sicherheit brachten.

Die Soldaten und zivilen Mit-



Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer ehrt in der Fallschirmjäger-Kaserne Seedorf am Einsatz beteiligte Soldaten.

Foto: Algermissen

arbeiter der Bundeswehr, die zwischen dem 16. und 27. August „eine in unserer Geschichte einzigartige Mission erfüllt haben“, haben sich den Worten der Ministerin zufolge besondere Verdienste erworben: „Sie führten eine robuste, gefährliche und komplexe militärische Evakuierungsoperation am Flughafen in Kabul und am Umschlagpunkt in Taschkent durch. Sie begaben sich in die Gefahr und retteten viele Menschenleben.“

Am Rande des Appells standen am Einsatz Beteiligte Rede und Antwort: „In Kabul wurde ge-

schossen“, sagte der Pilot eines Militärtransporters Airbus A400M. Er berichtete der dpa vom ersten nächtlichen Anflug auf den Flughafen der afghanischen Hauptstadt. „Da war komplett alles dunkel“, sagte der Luftwaffenmajor. Neben der Landebahn hätten sich Fahrzeuge und Fußgänger gedrängt.

„Lage unübersichtlich“

„Die Lage war extrem unübersichtlich“, sagte auch ein Feldjäger. Aufgabe des Oberleutnants war, Pässe und Gepäck der Auszufliegenden zu kontrollieren. Gelegentlich habe er im Gedränge vor dem Flughafen versuchen müssen, die versprengten Mitglieder von Familien wieder zusammenzuholen. „Wir hatten ständig mit Beschusslärm zu tun.“

Die Verteidigungsministerin betonte in Seedorf: Deutschland sei allen Beteiligten zu größtem Dank verpflichtet, die das Land vorbildhaft vor den Augen der Weltöffentlichkeit vertreten haben. Die Ministerin vergaß nicht, jene Menschen zu erwähnen, die noch in Afghanistan sind und „die unsere diplomatische, politische Hilfe brauchen, um das Land zu verlassen“.

Die Soldaten haben laut Ministerin in Kabul während der Evakuierungsoperation „Unfassbares

gesehen und Unglaubliches geleistet“. Und das unter extremen Umständen. Dazu zählt sie die massiv verkürzte Mobilisierungszeit, den enormen politischen Druck, die Berichterstattung, die die Bevölkerung in Echtzeit mitfeiern ließ, die schwierigen, teilweise unbeschreiblichen Umstände am Flughafen, die Konfrontati-

» Ihre Familien und Freunde werden nicht aufhören, sich um Sie Sorgen zu machen. Aber sie werden auch nicht aufhören, stolz auf Sie zu sein. «

Annegret Kramp-Karrenbauer, Verteidigungsministerin zu Soldaten

on mit menschlichem Leid und der Verzweiflung vor Ort sowie die Komplexität der Operation.

„Das alles passierte unter ständiger, großer Gefahr. In Kabul wurde gekämpft, wurde geschossen, auch deutsche Fallschirmjäger haben das Feuer erwidert.“ Gottlob habe es keine Gefallenen der Bundeswehr gegeben in diesen elf Tagen. Anders als bei der US-Armee, die bei einem Anschlag 13 gefallene Soldaten zu beklagen hatte.

Gleichwohl erinnerte die Ministerin an die 59 deutschen Ge-

fallenen, die Verwundeten und psychisch Belasteten in fast 20 Jahren Afghanistan-Einsatz.

Dabei rechtfertigte sie das Engagement: „Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan war richtig“, sagte Kramp-Karrenbauer. Der frühere SPD-Verteidigungsminister Peter Struck habe recht gehabt, dass Deutschlands Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt worden sei. „Es war für unsere eigene Sicherheit wichtig, dass Afghanistan kein sicherer Rückzugsort für den islamistischen Terrorismus bleibt“, sagte die Ministerin. Jetzt beginne der Prozess, das Geschehen aufzuarbeiten und „offen und ehrlich“ Bilanz zu ziehen.

Kramp-Karrenbauer: „Wir müssen aus dem Afghanistan-Einsatz und seinem Ende lernen“, auch für „realistische Zielsetzungen“ künftiger Einsätze. Das sei Deutschland all jenen schuldig, die in den vergangenen 20 Jahren ihren Kopf in Afghanistan hingehalten haben. Und vor allen jenen, „die wir in Zukunft in Einsätze schicken“.

So richtete sie den Blick auf 100 Rekruten, die im Anschluss an den Appell beim Gelöbnis ihr Versprechen gaben, Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.

„Juli-Flut zeigt: Klimawandel ist gefährlich“

Extremwetterkongress Hamburg: Radarbasierte Auswertungen deuten auf häufigere Starkregen hin

HAMBURG. Beim Hamburger Extremwetterkongress warnen Forscher eindringlich vor dem Klimawandel. Als Beispiel nennen sie die jüngste Flutkatastrophe im Westen Deutschlands. Die verheerenden Auswirkungen der Regenfälle dort haben aber auch etwas mit der Landschaft zu tun.

Vorhersagen zu den Niederschlägen vor der Hochwasserkatastrophe waren laut Deutschem Wetterdienst (DWD) sehr gut. Herausforderung war, vorherzusagen, wo die Wassermengen abfließen werden, so der Vorstand Klima und Umwelt beim Deutschen Wetterdienst, Tobias Fuchs, am Mittwoch beim Extremwetterkongress. Meteorologen müssten ihre Modelle mehr mit denen der Hydrologen verzahnen. Mitte Juli hatte die Flutkatastrophe ganze Landstriche in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen verwüstet. Bislang wurden rund 190 Tote gezählt, mehrere Menschen gelten noch immer als vermisst.

Ähnliche Niederschlagsmengen könnten sich im Flachland ganz anders auswirken als im Bergland, erklärte Meteorologe und Wettermoderator Sven Plöger. Ende Juni habe es sehr stark in der Uckermark (Brandenburg) geregnet. Die Schäden seien vergleichsweise gering gewesen, weil der „Düseneffekt“ wie im Ahrtal

gefehlt habe. In den Alpen könnten bei starken Niederschlägen Muren abgehen, im Hügelland steige die Fließgeschwindigkeit der Flüsse, im Flachland stehe das Wasser längere Zeit.

Anhand langjähriger flächendeckender Daten von 51 Wetterstationen könne der DWD keine klare Veränderung bei Starkregenereignissen in Deutschland feststellen, so Fuchs. Die Anzahl von Tagen mit mehr als 20 Litern Niederschlag je Quadratmeter habe sich zwischen 1951 und 2020 unwesentlich verändert. Leichte Indizien für eine Zunahme lieferten jedoch radarbasierte Auswertungen.



Verheerende Zerstörungen der Hochwasserkatastrophe im Juli. Auch mit Starkregen beschäftigt sich der Extremwetterkongress. Foto: Roessler/dpa

Daraus lasse sich für einige Regionen ableiten, dass sich steigende Häufigkeit von Starkniederschlägen andeute. Seit 2001 gebe es ein flächendeckendes Wetterradarmetz. 20 Jahre seien zu kurz, um daraus klimatologisch robuste Trends abzuleiten.

Im August sei ein internationales Forscherteam unter Koordination des DWD zum Ergebnis gekommen, dass sich die Wahrscheinlichkeit solcher Katastrophen durch den Klimawandel um den Faktor 1,2 bis 9 erhöht habe, so Fuchs. Die Intensität der Niederschläge sei in den untersuchten Regionen um 3 bis 19 Prozent

gestiegen. Das Team hatte Frankreich, Westdeutschland, den östlichen Teil Belgiens, die Niederlande, Luxemburg und den Norden der Schweiz betrachtet. „Der Klimawandel war ein Grund für die Starkniederschläge“, so Fuchs.

Forscher hatten darauf verwiesen, dass Wetterlagen wegen des Klimawandels länger in einer Region verharren und so mehr Schäden anrichten. „Das Problem ist nicht die Wetterlage, sondern dass sie über lange Zeit bestehen bleibt“, sagte Peter Hoffmann vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung kürzlich.

Verhalten nicht verändern

Die Wissenschaft wisse seit 30, 40 Jahren über Klimawandel Bescheid, so Plöger. Viele Menschen hätten Angst vor den Folgen, ändern ihr Verhalten aber nicht.

Klimaforscher und Präsident des Club of Rome Germany, Mojib Latif, erklärte: „Die Juli-Flut hat gezeigt: Der Klimawandel ist gefährlich.“ Er verwies auf die Sommertemperaturen von bis zu 50 Grad in Nordamerika und auf die Waldbrände: „Das sind Auswirkungen des Klimawandels.“

Der Extremwetterkongress will über den Stand der Klimaforschung informieren und auf die Folgen des Klimawandels aufmerksam machen. (dpa/lit)

Protest vor Reichstagsgebäude

Aktivisten brechen ihren Streik ab

BERLIN. Nach mehr als drei Wochen haben drei weitere Klimaaktivisten ihren Hungerstreik in Berlin abgebrochen. Dies teilte die Sprecherin der Aktion, Hannah Lübbert, am Mittwoch mit. Von ursprünglich sieben Teilnehmern haben somit inzwischen sechs wieder angefangen zu essen.

Die Aktion hatte am 30. August in der Nähe des Berliner Reichstagsgebäudes begonnen. Die Klimaaktivisten forderten ein öffentliches Gespräch mit den drei Kanzlerkandidaten von Union, SPD und Grünen sowie die Einsetzung eines Klima-Bürgerrats.

Es gebe keine Bereitschaft der Kandidaten zum Gespräch, erklärte Lübbert. „Würden wir weitermachen – wir würden sterben zugunsten eines kalten, fantasielosen politischen Weiter-So, das für alles Leben auf der Erde tödlich enden wird.“ Ein junger Mann hat jedoch einen anderen Weg angekündigt: Zusammen mit einer Frau, die seit dieser Woche hungert, will er nach eigenen Angaben auch in einen „Durststreik“ treten, sollte das für Donnerstagabend geforderte öffentliche Gespräch mit den Kanzlerkandidaten nicht zustande kommen.